

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 09.08.2017

1. Extremniederschläge und Hochwasserkatastrophe als Folge der Klimakrise?

Volker Bajus, Regina Asendorf, Julia Willie Hamburg, Gerald Heere, Ottmar von Holtz, Hans-Joachim Janßen, Meta Janssen-Kucz, Helge Limburg, Susanne Menge, Belit Onay, Anja Piel, Filiz Polat, Heiner Scholing, Thomas Schremmer, Miriam Staudte und Maaret Westphely (Grüne)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ende Juli sorgten außerordentliche, anhaltende und ergiebige Niederschlagsmengen vielerorts für Überschwemmungen. In großen Teilen Ostniedersachsens, insbesondere des Harzes, gab es Dauerregen und in der Folge dann flussabwärts u. a. an der Innerste, der Oker, der Leine und der Aller Rekordpegelstände, die zu schweren Hochwasserereignissen führten.

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) gab in seinem Julibericht 2017 für Niedersachsen bekannt: „Mit rund 145 l/m² fiel diesmal das Doppelte des Monatssocks (73 l/m²). Vor allem Tief ‚Alfred‘ brachte sintflutartigen Regen vom 24. bis zum 26. Juli im Süden des Bundeslandes. Mehrere Stationen meldeten in 48 Stunden über 150 l/m², die Eckertalsperre im Harz in 72 Stunden sogar 302 l/m². An zahlreichen Messstellen entstanden neue Niederschlagsrekorde für den Juli. Große Fluten wälzten sich in der Folge einige Tage lang durch Städte und Dörfer. Auch der zum Weltkulturerbe zählende Marktplatz von Goslar stand unter Wasser“ (http://www.dwd.de/DE/presse/presseseite_node.html).

In der Folge wurde in Goslar und auch in Wolfenbüttel Katastrophalarm ausgelöst werden. In Hildesheim wurden Menschen evakuiert und Häuser geräumt, weil die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner in Gefahr war. Glücklicherweise wurden Personen nicht in besonderer Weise verletzt, jedoch haben mehrere Tausend Anliegerinnen und Anlieger schweren Schäden erlitten. Auch öffentliche Liegenschaften und Infrastruktur sind durch die Überschwemmungen geschädigt worden.

Das Kabinett hat in seiner Sitzung am 3. August 2017 einen Nothilfefonds im Umfang von 25 Millionen Euro beschlossen, der noch vom Landtag genehmigt werden muss. Damit sollen Kommunen unterstützt werden und Privatleute unbürokratisch Soforthilfe erhalten.

Für den Klimaforscher Professor Mojib Latif vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel ist die „Häufung der Extremwetterlagen, die wir jetzt erleben, (...) ein Zeichen, dass der Klimawandel auf das alltägliche Wetter übergreift.“ (HAZ, 27. August 2017). Und der DWD schreibt in seinem Fazit zur „Einordnung der Stark- und Dauerregen in Deutschland zum Ende eines sehr nassen Juli 2017“: „Insgesamt betrachtet entsprechen sowohl die Dürreperiode von Januar bis Mai als auch die im Anschluss geschehenen extremen Niederschlägen dem Szenario eines extremeren Niederschlagsgeschehens in Deutschland, wie es der Weltklimarat in seinem fünften Sachstandsbericht aufgrund des Klimawandels bereits 2014 prognostiziert hat“ (http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/klimawandel_node.html).

- 1. Welche Angaben kann die Landesregierung zum Umfang der Hochwasser machen und welche Überlegungen gibt es zur zukünftigen Abwendung von Hochwasserschäden und zur Hochwasservorsorge?**
- 2. Die Landesregierung hat einen Arbeitsstab zur Aufarbeitung der Schäden und zur Bewältigung der Folgen eingesetzt und einen Nothilfefonds beschlossen. Wie sieht die Arbeit des Arbeitsstabs aus?**
- 3. Wie sieht die Landesregierung den Zusammenhang zwischen den aktuellen Extremwetterereignissen, ihrer Häufung und dem Klimawandel und welche Konsequenzen folgen daraus?**

2. Abordnungen von Gymnasien an Grundschulen

Abgeordnete Björn Försterling, Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Kultusministerin hat am 2. August 2017 erklärt, die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen liege zum kommenden Schuljahr bei etwa 98 %. Zur Erhöhung der Unterrichtsversorgung an den Grundschulen hat das Ministerium bereits zuvor die zeitweise Versetzung von Lehrkräften von Gymnasien an Grundschulen verordnet. Presseberichten zufolge haben die Lehrkräfte nur sehr kurzfristig von ihrer Abordnung erfahren. Viele von ihnen legten Widerspruch gegen die Versetzung ein und bemühten sich nun um Rechtsschutz gegen die unfreiwillige Versetzung, so die Presse weiter.

1. **Wie viele Lehrkräfte nach Köpfen und Vollzeitlehreereinheiten hat die Landesregierung nach den Ferien von Gymnasien an Grundschulen abgeordnet?**
2. **An welchem Tag hat die Landesregierung die Schulen und Lehrkräfte über die konkreten Abordnungen informiert?**
3. **Wie viele Lehrkräfte haben bis zum 17. August 2017 Widerspruch gegen die Abordnungen eingelegt?**

3. Was weiß die Landesregierung über die Kampfeinsätze von Abu Walaa für den IS?

Abgeordnete Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Neue Presse* berichtete in ihrer Ausgabe vom 21. Juli 2017, dass der hauptamtliche Imam der ehemaligen Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises (DIK) Hildesheim mehrfach in den Gebieten des sogenannten Islamischen Staates gewesen sein soll. Er soll dabei auch für den sogenannten Islamischen Staat gekämpft haben. Die Verbotserfügung von Innenminister Boris Pistorius für den DIK Hildesheim gibt an, dass dieser Abu Walaa genannte Imam im Zeitraum vom 4. August bis 25. September 2015 im Irak gekämpft habe. Laut der Internetseite von Tageschau.de vom 19. Juli 2017 soll Abu Walaa mehrfach im Irak an Kampfhandlungen teilgenommen haben. Die letzte Reise von Abu Walaa soll demnach bereits im Mai und Juni 2015 in den Irak geführt haben.

1. **Wie oft war Abu Walaa in welchen Zeiträumen nach Kenntnissen der Landesregierung in den Gebieten des sogenannten Islamischen Staates in Syrien oder im Irak?**
2. **Wann hat die Landesregierung jeweils von diesen Aufenthalten des Abu Walaa erfahren?**
3. **Gehört Abu Walaa mit seinen Reisen zu den in der Antwort der Landesregierung Drucksache (17/5492) aufgeführten Reisen und Heimkehrern aus den Gebieten des IS? Wenn nein, warum nicht?**

4. Haben Mitglieder der Landesregierungen unter David McAllister oder Christian Wulff Reden oder Regierungserklärungen von Mitarbeitern der Volkswagen AG vor ihrer Veröffentlichung bearbeiten lassen?

Abgeordneter Grant Hendrik Tonne (SPD)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Aus der aktuellen Presseberichterstattung geht hervor, dass die Opposition im Landtag Ministerpräsident Stephan Weil derzeit vorwirft, er habe Teile seiner Regierungserklärung im Jahr 2015 von Mitarbeitern von VW umschreiben lassen.

Laut Mitteilung des NDR vom 7. August 2017 bestätigte Ministerpräsident Weil daraufhin, dass die Landesregierung öffentliche Erklärungen, Reden oder Antworten, die die Volkswagen AG betreffen, dem Konzern vorab vorlege, um sicherzustellen, dass keine rechtlich oder tatsächlich unzutreffenden Aussagen getroffen werden. Schließlich seien die Vertreter der Landesregierung gleichzeitig Mitglieder des Aufsichtsrats von VW, sodass jede fehlerhafte Äußerung negative Spätfolgen für das Land Niedersachsen haben könnte. Die Opposition spricht von einem „Skandal“, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sogar von einer „handfesten Affäre“.

Diese Reaktionen legen nahe, dass eine Abstimmung von Inhalten solcher Reden oder Erklärungen mit der Volkswagen AG unter den Vorgängerregierungen der Ministerpräsidenten McAllister bzw. Wulff keine gängige Praxis gewesen wäre.

1. **Hat es in der 15. oder 16. Wahlperiode des Landtages Reden von Mitgliedern der Landesregierung, Regierungserklärungen und/oder Antworten gegeben, die Angelegenheiten der Volkswagen AG betroffen haben? (Wenn ja, bitte ich um das einzelne Auflisten der fraglichen Reden, Regierungserklärungen und/oder Antworten, jeweils mit Datum und Rednerin/Redner)**
2. **Wurden diese Reden, Regierungserklärungen und/oder Antworten noch vor ihrer Veröffentlichung der Volkswagen AG übersandt oder anderweitig zugänglich gemacht?**
3. **Falls ja, haben die Volkswagen AG oder von dieser beauftragte Dritte Änderungen am Wortlaut der fraglichen Reden, Regierungserklärungen und/oder Antworten vorgenommen oder entsprechende Änderungswünsche kommuniziert?**

5. **Warum wurden Akkreditierungen nachträglich entzogen?**

Abgeordnete Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Nachgang des G20-Gipfels berichteten Medien, dass insgesamt 32 Journalisten die Akkreditierung nachträglich entzogen worden und somit der Zugang zum Medienzentrum des Tagungsortes verwehrt geblieben war. Die 32 Namen standen auf Listen, die zeitweilig öffentlich einsehbar gewesen sein sollen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière rechtfertigte den Entzug der Akkreditierungen: „Alleiniger Grund für die Entscheidungen war es, die Sicherheit des Gipfels und seiner Teilnehmer zu gewährleisten.“ Dabei sei ausschließlich auf Erkenntnisse deutscher Behörden zurückgegriffen worden, so der Innenminister weiter. (*Frankfurter Rundschau* vom 14. Juli 2017)

1. **Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über diesen Vorgang?**
2. **Waren unter den 32 Journalisten auch Personen aus Niedersachsen? Wenn ja, von welchen Medien?**
3. **Kamen auch von niedersächsischen Sicherheitsbehörden Hinweise? Wenn ja, von welchen?**

6. **Schulformübergreifende Abordnungen von Lehrkräften zum Beginn des Schuljahrs 2017/2018**

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Kultusministerin Heiligenstadt hat am 2. August 2017 in einer Pressekonferenz Medienberichte bestätigt, wonach zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen derzeit landesweit zahlreiche Lehrkräfte von Gymnasien an Grundschulen abgeordnet würden. Dies sei „eine ganz normale personalwirtschaftliche Maßnahme“, wie die Ministerin sagte.

1. **Wie viele schulformübergreifende Abordnungen von Lehrkräften sind zur Sicherung der Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2017/2018 an allgemeinbildenden Schulen ge-**

plant oder bereits umgesetzt (bitte Zahl der abgeordneten Lehrkräfte und Zahl der Lehrerstunden angeben)?

2. **Wie viele der in der Antwort zu Frage 1 genannten Abordnungen umfassen einen Zeitraum, der länger ist als ein Schulhalbjahr?**
3. **Wie viele der in der Antwort zu Frage 1 genannten Abordnungen betreffen die Schulen im Landkreis Uelzen?**

7. **Plant die Landesregierung eine Ausweitung der Sozialgerichtstage in Göttingen?**

Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta und Ronald Schminke (SPD)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit dem 1. April 2016 hält das Sozialgericht Hildesheim Gerichtstage in den Räumen des Amtsgerichts Göttingen ab. Begleitend dazu hat das Sozialgericht Hildesheim jeweils mittwochs eine Rechtsantragsstelle eingerichtet. Beide Maßnahmen sind inzwischen evaluiert worden, die Ergebnisse liegen vor. Im Evaluationszeitraum vom 1. April 2016 bis 31. Januar 2017 haben insgesamt 18 Verhandlungstage des Sozialgerichts Hildesheim mit Sitzungen in insgesamt 89 Einzelsachen im Amtsgericht Göttingen stattgefunden. Zum Vergleich: Bisher betrug die Zahl der in Göttingen abgehaltenen Sitzungstage des Sozialgerichts Hildesheim durchschnittlich 18 im Jahr, verhandelt wurden durchschnittlich 78,8 Verfahren (vgl. Drucksache 17/1250). Die unterschiedlichen Verfahren stammten im Wesentlichen aus den Rechtsgebieten Rente, Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitssuchende und Schwerbehindertenrecht. Im Evaluationsbericht wird die Durchführung der Sitzungen vom Sozialgericht Hildesheim in den Räumen des Amtsgerichts Göttingen als problemlos geschildert, insbesondere wird dabei auf den seit Mai 2016 zur Verfügung stehenden Dienstwagen verwiesen.

Der Landtag hatte 2016 in einer Entschließung die Einrichtung eines Modellprojektes beschlossen (Drucksache 17/4936 neu). In der Landtagsentschließung wird darauf verwiesen, dass von den Verfahren vor dem Sozialgericht oft Menschen betroffen seien, die sich in schwierigen Lebenslagen befänden (Mütter mit kleinen Kindern, Schwerbehinderte, Flüchtlinge, teils Schwerkranke, Arbeitslose, Rentner u. a.). Für diese stelle die Anreise zu den Sozialgerichten, wenn sie in erheblicher Entfernung zu ihrem Wohnort liegen würden, eine deutliche Hürde für die Wahrnehmung ihrer Rechte dar. Der südlichste Gerichtsstandort für ein Sozialgericht in Niedersachsen ist Hildesheim mit einer Zuständigkeit für die Stadt und den Landkreis Göttingen sowie die Landkreise Hildesheim, Holzminden und Northeim.

1. **Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Evaluation des Modellprojekts Südniedersachsen?**
2. **Wie viele Verfahren von Bürgerinnen und Bürgern aus Südniedersachsen wurden im Evaluationszeitraum in mündlichen Verhandlungen am Sozialgericht in Hildesheim behandelt (differenziert nach Rechtsgebieten)?**
3. **Hält die Landesregierung die im Evaluationszeitraum durchgeführten 18 Verhandlungstage in Göttingen für ausreichend? Wenn nein, welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Zahl der Sozialgerichtstage in Göttingen zu erhöhen?**

8. **Wie hoch sind die Frostschäden in Niedersachsen in 2017?**

Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Christian Calderone, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen und Frank Oesterhelweg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* informiert am 18. Juli 2017 unter dem Titel „Wenn die Bäume plötzlich leer bleiben“ über die Schäden im niedersächsischen Obstanbau, entstanden

durch starken Frost im April 2017. Die HAZ berichtet über die Beobachtungen eine Obstbauern wie folgt: „Kirschbäume sind fast leer, die Erdbeerpflanzen zerstört, und auch an Apfelbäumen zählt er viel weniger Früchte als sonst“.

Viele niedersächsische Landwirte beklagen sich über die hohen Einbußen im Obst- und Gemüseanbau, die sie infolge der Fröste hinnehmen müssen.

1. **Wurden die Schäden im Rahmen einer Erhebung durch das ML in Niedersachsen ermittelt, und, wenn ja, wie hoch sind die finanziellen Einbußen für niedersächsische Landwirte im Obst und Gemüseanbau, verursacht durch langanhaltende und starke Fröste im April/Mai 2017?**
 2. **Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung, die geschädigten Bauern zu unterstützen?**
 3. **Stuft die Landesregierung die Vorfälle als „Naturkatastrophe“ ein, und welches Vorgehen leitet sie daraus ab?**
9. **Sind die Planungen zum Ausbau des Drehstromnetzes im Landkreis Cloppenburg und Osnabrück noch aktuell? (Teil 1)**

Abgeordnete Björn Thümler, Jens Nacke, Martin Bäumer, Karl-Heinz Bley, Christian Calderone, Gerda Hövel, Burkhard Jasper, Clemens Lammerskitten, Clemens Große Macke, Anette Meyer zu Strohen und Dr. Stephan Siemer (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Gemeinde Cappeln hat am 21. Februar 2017 Sachverständige beauftragt, ein wissenschaftliches Gutachten betreffend Notwendigkeit und Alternativen des geplanten Netzausbaus im Landkreis Cappeln zu erstellen. Die Gemeinde befürchtet, dass durch die Leitungsplanungen die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Cappeln behindert werde. In der Gemeinde befinden sich Suchräume für den Bau von Gleichstrom-Drehstrom-Konvertern und Umspannwerken. Laut dem oben genannten Gutachten droht eine Teilung der Gemeinde durch den Bau der geplanten 380-kV Drehstromtrasse.

1. **Ist der Landesregierung das Gutachten bekannt, und was ist dessen Ergebnis?**
 2. **Stellt die Landesregierung in der Folge der Ergebnisse des Gutachtens den vom Bundesgesetzgeber und der Bundesnetzagentur eingeschlagenen Weg beim Netzausbau infrage, und, wenn ja, in welchem Bezug?**
 3. **Wie steht die Landesregierung zu dem Vorschlag der Wissenschaftler, den Gleichstrom, der in Cloppenburg ankommt, ohne Konvertierung in den Süden zu transportieren?**
10. **Sind die Planungen zum Ausbau des Drehstromnetzes im Landkreis Cloppenburg und Osnabrück noch aktuell? (Teil 2)**

Abgeordnete Björn Thümler, Jens Nacke, Martin Bäumer, Karl-Heinz Bley, Christian Calderone, Gerda Hövel, Burkhard Jasper, Clemens Lammerskitten, Clemens Große Macke, Anette Meyer zu Strohen und Dr. Stephan Siemer (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Gemeinde Cappeln hat am 21. Februar 2017 Sachverständige beauftragt, ein wissenschaftliches Gutachten betreffend Notwendigkeit und Alternativen des geplanten Netzausbaus im Landkreis Cappeln zu erstellen. Die Gemeinde befürchtet, dass durch die Leitungsplanungen die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Cappeln behindert werde. In der Gemeinde befinden sich Suchräume für den Bau von Gleichstrom-Drehstrom-Konvertern und Umspannwerken. Laut dem oben genannten Gutachten droht eine Teilung der Gemeinde durch den Bau der geplanten 380-kV Drehstromtrasse.

1. **Bewertet die Landesregierung die Kapazität des geplanten Drehstromnetzes als bald erschöpft, wenn ja, warum?**
2. **Wenn ja, was plant die Landesregierung, um dieser Erschöpfung entgegenzuwirken?**
3. **Unterstützt die Landesregierung die Planungen zum Parallelbau von Gleichstromerkabeln neben den sich jetzt in Planung befindlichen Wechselstromleitungen, und, wenn ja, wie sieht diese Unterstützung aus?**

11. **Sind Eichenprozessionsspinner eine Gefahr im Drömling?**

Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ingrid Klopp und Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 26. Juni 2017 berichtet die *Volksstimme* unter dem Titel „Stadtgebiet sicher vor Prozessionsspinner“ über die fortschreitende Verbreitung des Eichenprozessionsspinners im Drömling. Die *Volksstimme* schreibt: „Diese Brut (ist) weiterhin auf dem Vormarsch (...) Ohne massive Bekämpfung (wird sie) ganze(n) Eichenbestände(n) den Gar ausmachen. (...) Die Brut vernichtet mit ihren nächtlichen Fressprozessionen sogar das Blätterkleid von mächtigen Eichen, wie vielerorts im Drömling, beispielsweise nahe Peckfitz bei Mieste oder entlang der Landesstraße 22 zwischen den Dörfern Röwitz und Buchhorst zu erkennen ist.“ Die *Volkszeitung* schreibt weiter: „Die Maßnahmen gegen den Eichenprozessionsspinner könnten durchaus verbessert werden, befindet der Ordnungsamtsleiter.“

1. **Wie hoch ist der aktuelle Befall mit Eichenprozessionsspinnern im niedersächsischen Teil des Drömlings?**
2. **Welche Maßnahmen (chemische und mechanische) empfiehlt das Umweltministerium zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Drömling?**
3. **Welche Maßnahmen werden im Drömling bereits getroffen, um die Eichen vor dem Befall zu schützen oder von einem Befall zu befreien?**

12. **Ist der vom Land Niedersachsen empfohlene Grundschutz gegen den Wolf noch ausreichend?**

Abgeordnete Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ingrid Klopp und Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Cellsche Zeitung* berichtet am 18. Juli 2016 unter dem Titel „Wolf springt über Zaun und reißt vier Schnucken“ über einen Heidschnuckenriss im Landkreis Celle. Vier Schafe fielen möglicherweise dem Wolf zum Opfer. Die Zeitung schreibt: „Wie erst gestern bekannt wurde, hatte der Wolf zuvor offenbar einen 1,20 m hohen Zaun, der unter Strom stand und eine Spannung von 5 000 Volt hatte, gezielt übersprungen.“

In der Drucksache 17/8371, einer Antwort auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung von Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion mit dem Titel „Bieten Herdenschutzhunde keinen Schutz vor dem Wolf“ antwortet die Landesregierung auf Frage 1 zum Thema nachhaltiger Schutz für Weidetiere wie folgt: „Um den wolfsabweisenden Charakter des Grundschutzes zu verbessern, empfiehlt die Landesregierung durch das Wolfsbüro, den Einsatz etwas höherer (1,20 m und mehr) Euronetze, Mehrlitzenzäune (für Großvieh), bei denen der niedrigste stromführende Draht/Litze maximal 20 cm über dem Boden verläuft und die Abstände zwischen den unteren drei oder besser vier Drähten nicht mehr als 20 cm betragen oder Festzäune, die im unteren Bereich über einen Untergrabeschutz verfügen und an der Oberkante einen Überkletterschutz aufweisen.“

1. **Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem oben genannten Vorfall?**

2. **Wie werden die überarbeiteten Empfehlungen der Landesregierung lauten?**
3. **Zieht die Landesregierung die Entnahme des genannten Wolfes in Betracht, und wenn ja, mit welchem Zeitfenster muss gerechnet werden, bis der auffällige Wolf entnommen wird?**

13. Hat sich das Cuxhavener Wolfsrudel auf Rinderrisse spezialisiert?

Abgeordneter Ernst-Ingolf Angermann (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Nachdem im Sommer/Herbst 2016 neun Rinder in sechs Fällen in den Landkreisen Cuxhaven und Stade nachweislich von Wölfen gerissen wurden, bestand in Fachkreisen die Befürchtung, dass die Übergriffe nach dem Weideaustrieb im Frühjahr 2017 weiter ansteigen könnten. Vom 31. März bis 21. Juli 2017 wurden in fünf Fällen weitere fünf Rinder gerissen. Fünf weitere Rinderrisse befänden sich laut NLWKN noch „in Bearbeitung“ (<https://www.wolfsmonitoring.com/monitoring/nutztierrisse/>).

Zudem gab es seit dem nachweislichen Bestehen des Rudels im Jahr 2015 dreizehn weitere Übergriffe auf Rinder, bei denen der Wolf nicht nachweisbar war. Aufgrund verspäteter Probeentnahme, durch Nachnutzer oder durch Witterungseinflüsse gehen Experten jedoch davon aus, dass in einigen dieser Fälle der Wolf der Verursacher der Risse war.

1. **Was wird die Landesregierung unternehmen, um die zunehmende Bedrohung der Rinder auf den Weiden durch Wölfe zu beenden?**
2. **Wie will die Landesregierung der Gefahr begegnen, dass abwandernde Jungwölfe die erlernten Fähigkeiten zum Rinderriss auch in anderen Regionen anwenden werden?**
3. **Ist eine flächendeckende wolfssichere Einzäunung der Weideflächen im Raum Cuxhaven hinsichtlich der damit verbundenen Ausgrenzung anderer Wildarten aus deren Äsungsflächen und damit der Störung des biologischen Gleichgewichts vertretbar?**

14. Wie viele Polizistinnen und Polizisten aus Niedersachsen wurden rund um den G20-Gipfel in Hamburg eingesetzt?

Abgeordnete Angelika Jahns, Editha Lorberg, Thomas Adasch, Rudolf Götz und Johann-Heinrich Ahlers (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 7. und 8. Juli 2017 fand in Hamburg der G20-Gipfel der Staatschefs der 20 größten Industrienationen statt. Dieses Gipfeltreffen erforderte sehr große Sicherheitsvorkehrungen. Neben der ohnehin vorhandenen Gefährdung der Staatschefs und der allgemeinen Gefahr terroristischer Anschläge waren auch zahlreiche Demonstrationen angekündigt. Bereits im Vorfeld hatten Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Hamburg zugenommen.

Rund um den Gipfel kam es dann tatsächlich zu erheblichen Ausschreitungen. Der Regierende Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz, SPD, räumte inzwischen ein, dass es nicht gelungen sei, die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, wie *Welt Online* vom 10. Juli 2017 berichtete („Das ist meine schwerste Stunde“). Zahlreiche Videos von Bürgern aus Hamburg zeigen, wie maskierte Personen zu Hunderten durch die Straßen Hamburgs zogen und am Wegesrand stehende Fahrzeuge ansteckten. Auch sollen Hinterhalte gegen Polizisten vorbereitet worden sein.

Beim G20-Gipfel wurden laut Presseberichten auch Einsatzkräfte aus Niedersachsen eingesetzt.

1. **Wie viele Polizeibeamtinnen und -beamte aus Niedersachsen wurden im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg insgesamt eingesetzt?**
2. **Wie wurden die niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten beim G20-Einsatz untergebracht?**

3. Wer trägt die Kosten des Einsatzes niedersächsischer Polizistinnen und Polizisten in Hamburg?

15. Sind die geplanten Vorhaben für das Jahr 2017 zur Entwicklung des länderübergreifenden Biosphärenreservates Drömling in Gefahr?

Abgeordnete Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Ingrid Klopp und Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 29. März 2017 lud die länderübergreifende Arbeitsgruppe Drömling/Erweiterter Kreis zu einer Informationsveranstaltung mit Frau Ministerin Prof. Dr. Dalbert und Herrn Minister Wenzel nach Parsau ein. Hierbei wurden die Potenziale, Perspektiven und Chancen für die Region im Zusammenhang mit der Ausweisung eines länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats aufgezeigt. In einer Pressemitteilung vom 29. März 2017 erklärt das Umweltministerium Sachsen-Anhalt unter dem Titel „Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: Umweltminister einig - Antrag für UNESCO Biosphärenreservat Drömling beschlossen“, dass derzeit der entsprechende Verordnungsentwurf in Sachsen-Anhalt erarbeitet würde. Fachkreisen zufolge sei der Entwurf Anfang April zur Freigabe an das Niedersächsische Umweltministerium gegangen.

- 1. Seit wann liegt dem Umweltministerium der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung vor?**
- 2. Wurde die Verwaltungsvereinbarung im niedersächsischen Ministerium final bearbeitet, und wenn nein, wann ist mit der Finalisierung zu rechnen?**
- 3. Warum dauert die Bearbeitung der Verwaltungsvereinbarung im Ministerium seit Anfang April an?**

16. Wie viele niedersächsische Polizisten wurden beim G20-Gipfel verletzt?

Abgeordnete Editha Lorberg, Angelika Jahns, Thomas Adasch, Rudolf Götz und Johann-Heinrich Ahlers (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 7. und 8. Juli 2017 fand in Hamburg der G20-Gipfel der Staatschefs der 20 größten Industrienationen statt. Dieses Gipfeltreffen erforderte sehr große Sicherheitsvorkehrungen. Neben der ohnehin vorhandenen Gefährdung der Staatschefs und der allgemeinen Gefahr terroristischer Anschläge waren auch zahlreiche Demonstrationen angekündigt. Bereits im Vorfeld hatten Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Hamburg zugenommen.

Rund um den Gipfel kam es dann tatsächlich zu erheblichen Ausschreitungen. Der Regierende Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz, SPD, räumte inzwischen ein, dass es nicht gelungen sei, die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, wie Welt Online vom 10. Juli 2017 berichtete („Das ist meine schwerste Stunde“). Zahlreiche Videos von Bürgern aus Hamburg zeigen, wie maskierte Personen zu Hunderten durch die Straßen Hamburgs zogen und am Wegesrand stehende Fahrzeuge ansteckten. Auch sollen Hinterhalte gegen Polizisten vorbereitet worden sein.

Beim G20-Gipfel wurden laut Presseberichten auch ca. 2 000 Einsatzkräfte aus Niedersachsen eingesetzt. Im Nachgang des Gipfels gab es in den Medien unterschiedliche Angaben zur Zahl der verletzten Polizistinnen und Polizisten.

- 1. Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte aus Niedersachsen wurden im Rahmen der Ausschreitungen zum G20-Gipfel in Hamburg verletzt?**
- 2. Sind bleibende Beeinträchtigungen zu befürchten?**
- 3. Welche Schäden an der Ausrüstung der Polizei des Landes (auch Fahrzeuge) waren nach dem G20-Gipfel festzustellen (Schadenshöhe)?**

17. Wie viele Katastrophenschutzfahrzeuge werden in Niedersachsen verteilt?

Abgeordnete Rainer Fredermann und Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Bund und Länder arbeiten im Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe zusammen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat daher z. B. am 24. Oktober 2016 dem Land Niedersachsen 30 neue Spezialfahrzeuge für den Zivilschutz übergeben. Diese Fahrzeuge werden von Hilfsorganisationen oder Feuerwehren betrieben.

- 1. Wie viele Fahrzeuge für den Zivilschutz hat Niedersachsen seit 2013 vom BBK erhalten?**
- 2. Wer hat jeweils diese Fahrzeuge in Niedersachsen erhalten?**
- 3. Nach welchen Gesichtspunkten werden diese Spezialfahrzeuge in Niedersachsen verteilt?**

18. Wie werden die Überschüsse aus der Flüchtlingshilfe verteilt?

Abgeordnete Christian Calderone, Kai Seefried und Rainer Fredermann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* berichtete am 23. Mai 2017 („Geldregen für den Katastrophenschutz“) über eine Vereinbarung des Innenministeriums mit den Hilfsorganisationen. Laut *HAZ* haben die niedersächsischen Hilfsorganisationen wegen rapide zurückgehender Flüchtlingszahlen im Jahr 2016 mehr Geld vom Land bekommen, als sie für die Bereitstellung von Notunterkünften brauchten. Innenministerium und die Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Lebens-Rettungsgesellschaft sowie Johanniter und Malteser Hilfsdienst hätten sich demnach geeinigt, die dadurch entstandenen Millionenüberschüsse in den Katastrophenschutz zu investieren. Welche Summen künftig in den Katastrophenschutz fließen sollen und wie hoch die Überschüsse insgesamt ausfielen, konnten laut *HAZ* weder das Innenministerium noch die Hilfsorganisationen sagen. Dies solle erst in einigen Wochen geschehen, wenn die Abrechnungen vorlägen.

- 1. Welche Absprachen hat das Land konkret zur Verwendung der Mittel innerhalb der Verbände mit diesen getroffen?**
- 2. Wie hoch wird der Betrag sein, der dadurch zusätzlich jeweils bei den Hilfsorganisationen in den Katastrophenschutz investiert wird?**
- 3. Wie wird die Umsetzung innerhalb der Verbände vom Innenministerium begleitet?**

19. Gibt es Garantien, dass der nach Algerien abgeschobene Gefährder dort sicher ist?

Abgeordnete Rudolf Götz, Thomas Adasch, Editha Lorberg und Angelika Jahns (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 13. Juli 2017 wurde laut NDR.de vom 31. Juli 2017 („Göttinger Gefährder klagen gegen Abschiebung“) ein Gefährder nach Algerien abgeschoben. Zuvor wurde er bereits im Februar zusammen mit einem anderen Gefährder aus Nigeria in Göttingen festgenommen. Die Abschiebung nach Algerien verzögerte sich laut Presseberichten aufgrund fehlender Zusicherungen, dass dieser Gefährder in Algerien nicht gefoltert werde.

- 1. Welche Zusagen des algerischen Staates zur Behandlung des Göttinger Gefährders liegen vor?**
- 2. Vertraut die Landesregierung den Zusicherungen aus Algerien, dass dieser Gefährder nicht gefoltert werde? Wenn ja, warum?**

3. **Wieso unterstützt die Landesregierung nicht die Einstufung Algeriens als sicherer Herkunftsstaat nach dem Aufenthaltsgesetz, um Asylverfahren zu beschleunigen, während sie Zusicherungen dieses Staates vertraut, dass Personen dort nicht gefoltert würden?**

20. Wie weit ist die Aufklärung der Sozialmissbrauchsfälle durch Angabe von Mehrfachidentitäten im Standort Braunschweig der Landesaufnahmebehörde?

Abgeordnete Editha Lorberg (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der NDR berichtete am 22. Januar 2017 („Wollte Aufnahmebehörde Sozialbetrug vertuschen?“) über die Vorwürfe einer ehemaligen Mitarbeiterin der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig. In mehr als 300 Fällen von Sozialbetrug durch Asylbewerber soll die Standortleitung entsprechenden Hinweisen nicht nachgegangen sein. Sie soll sogar die weitere Aufklärung durch die ehemalige Mitarbeiterin untersagt haben. Später unterrichtete die Landesregierung, dass die Standortleitung ein Problem darin sah, dass die Verdächtigen ausschließlich Sudanesen seien.

Der Bund der Steuerzahler erstellte Strafanzeige wegen Untreue gegen die Leitung des Standortes der Landesaufnahmebehörde. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig hat hierzu Ermittlungen aufgenommen. Die SOKO ZERM hat Ermittlungen zu den Fällen des Sozialbetruges durch die Beantragung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen.

1. **Welchen Stand haben die Ermittlungen und das Strafverfahren gegen die Leitung des Standortes Braunschweig der Landesaufnahmebehörde?**
2. **Welchen Stand haben die Ermittlungen der SOKO ZERM in Braunschweig und/oder der Staatsanwaltschaft wegen der in diesem Zusammenhang bekannt gewordenen Vorwürfe des Sozialmissbrauches?**
3. **Wie viele Personen haben durch die Angabe von Mehrfachidentitäten in welcher Höhe Sozialleistungen erhalten? Wenn hierzu keine Statistik geführt wird: Warum nicht?**

21. Kennt der Innenminister seine eigenen Statistiken zu links- und rechtsextremistischen Gewalttaten?

Abgeordnete Rudolf Götz und Thomas Adasch (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Innenminister Boris Pistorius sagte in der *Welt* vom 15. Juli 2017:

„Wir haben mehr als doppelt so viele rechtsextremistische Straftaten in Deutschland wie linksextremistische. Wir haben mehr Tötungsdelikte und gefährliche Körperverletzungen, die auf der rechten Seite zu Buche schlagen, im Vergleich zur linken.“

In der *Braunschweiger Zeitung* vom 15. Juli 2017 sagte Innenminister Boris Pistorius:

„Wir haben deutlich mehr Körperverletzungen im rechtsextremistischen Bereich als im linksextremistischen. Wir haben im rechtsextremistischen Bereich auch mehr vollendete und versuchte Tötungsdelikte.“

Am 8. Mai 2017 stellte Innenminister Boris Pistorius die Statistik der politisch motivierten Kriminalität 2016 in Niedersachsen vor. Laut der hierzu versandten Pressemitteilung des Innenministeriums wurden im Bereich der politisch rechts motivierten Gewalt im Jahr 2016 117 Delikte (2015: 113 Delikte) festgestellt. Auf politisch links motivierte Gewalt entfielen laut Boris Pistorius hingegen 227 Delikte (2015: 147 Delikte).

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2016 gibt ebenfalls Zahlen zu Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischen Hintergrund an. Hiernach sollen es im Jahr 2016 78 Körperverletzungen, 15 Brandstiftungen, vier Widerstandsdelikte und mit weiteren Straftaten insgesamt 101 Gewalttaten mit politisch rechtsextremistischem Hintergrund gegeben haben. Die Statistik des Ver-

fassungsschutzes weist hierbei weder vollendete noch versuchte Tötungsdelikte aus. Für den Bereich der politisch links motivierten Kriminalität gibt die Statistik des Verfassungsschutzes insgesamt 126 Gewalttaten an. Hierbei soll es keine versuchten oder vollendeten Tötungsdelikte gegeben haben. Gezählt werden 78 Körperverletzungen, 12 Brandstiftungen, 17 Landfriedensbrüche und 11 Widerstandsdelikte. Die Fallzahlen sind hier also auf gleichem Niveau. Zum Bereich des Linksextremismus waren die Zahlen in der vom Innenminister am 8. Mai 2017 versandten Pressemitteilung für den gleichen Zeitraum geringer. Die Aussage des Innenministers zum Verhältnis zwischen links- und rechtsextremistischen Gewalttaten wird durch diese Daten nicht belegt.

1. **Wie viele politisch rechts und wie viele politisch links motivierte Straftaten gab es tatsächlich im Jahr 2016 und im ersten Halbjahr 2017?**
 2. **Wie erklärt sich die Differenz zwischen den am 8. Mai 2017 von Innenminister Pistorius vorgestellten Zahlen der politisch links motivierten Gewalttaten und den ebenfalls vom Innenminister mit der Statistik der politisch links motivierten Gewalttaten im Verfassungsschutzbericht 2016 vorgelegten Zahlen?**
 3. **Sind die Äußerungen des Innenministers in der *Welt* und in der *Braunschweiger Zeitung* vom 15. Juli 2017 zutreffend? Wenn ja, warum und mit welchen Belegen?**
22. **Warum werden Sitzungsunterlagen der Landesregierung trotz Transparenzversprechen pauschal für vertraulich erklärt?**

Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Koalitionsvertrag der Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom Februar 2013 enthält auf Seite 16 die Ankündigung, die rot-grüne Koalition werde politische Entscheidungsprozesse transparenter machen und Zugänge zu Informationen und Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger erleichtern.

Am 13. Juni 2017 beschloss die Landesregierung eine Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien in Niedersachsen (GGO). So erklärte die Landesregierung vorbereitende Sitzungsunterlagen für die Sitzungen der Landesregierung im neuen § 10 Abs. 3 S. 2 für vertraulich. Zusätzlich zu den Niederschriften sind laut dem neuen § 12 Abs. 4 S. 1 GGO Kabinettsvorlagen vertraulich.

Die Unterlagen und Vermerke zur Vorbereitung von Abstimmungen im Bundesrat und seinen Ausschüssen sind zusammen mit dem Stimmbogen ebenfalls vertraulich (§ 23 Abs. 5 GGO).

Vertraulich sind künftig auch der anfallende Schriftverkehr zur Vorbereitung von Veröffentlichungen und Mitteilungen an die Presse (§ 26 Abs. 3 GGO).

1. **Aus welchen Gründen hat die Landesregierung diese Änderungen der Gemeinsamen Geschäftsordnung beschlossen?**
2. **Stehen diese Änderungen im Widerspruch zu dem im Koalitionsvertrag angekündigten besseren Zugang zu Informationen für Bürgerinnen und Bürger?**
3. **Hätten Bürgerinnen und Bürger nach dem von der Landesregierung in den Landtag eingebrachten Transparenzgesetz zukünftig einen Anspruch auf Zugang zu den für vertraulich erklärten Unterlagen?**

23. Kreditgebühren auch gegenüber Unternehmern rechtswidrig - Welche Auswirkungen hat die neueste Entscheidung des Bundesgerichtshofs?

Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Der Bundesgerichtshof hat in seiner Pressemitteilung vom 5. Juli 2017 mitgeteilt, dass der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs am 4. Juli 2017 in zwei Verfahren entschieden hat, dass die von Banken vorformulierten Bestimmungen über ein laufzeitunabhängiges Bearbeitungsentgelt bei Darlehensverträgen, die zwischen Kreditinstituten und Unternehmern geschlossen sind, unwirksam sind.

1. **Wie wird sich nach Einschätzung der Landesregierung die vorstehende Entscheidung auf die Sparkassen, Volksbanken und Privatbanken in Niedersachsen auswirken?**
2. **Wie werden sich die Folgen der vorstehenden Entscheidung auf die wirtschaftliche Situation der Nord/LB auswirken?**
3. **Gefährden die Folgen aus der vorstehenden Entscheidung den Plan der Nord/LB, die Belastungen aus den Schiffskrediten aus eigener Kraft zu schaffen, bzw. wie wird die Nord/LB die Kosten aus den Folgen des Urteils kompensieren?**

24. Gemeinnützigkeit von Vereinen

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Das Finanzamt Uelzen stellt die Gemeinnützigkeit der Schützengilde Ebstorf von 1289 e. V. im Landkreis Uelzen infrage. Als Begründung wird die Tatsache gewertet, dass der Verein nur aus Männern besteht. Für den Verein hätte die Aberkennung der Gemeinnützigkeit die negative Konsequenz, dass Spenden nicht mehr abzugsfähig sind.

1. **Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Gemeinnützigkeit von Vereinen, die nur Männer oder nur Frauen aufnehmen?**
2. **Welche Verwaltungsanweisungen hat die Landesregierung gegebenenfalls zu diesem Thema an die Finanzämter herausgegeben?**
3. **Hält die Landesregierung die Schützengilde Ebstorf v. 1289 e. V. für gemeinnützig?**

25. Inwiefern wird der Entschließungsantrag „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen“ durch neugefasste Schulbücher umgesetzt? (Teil 1)

Abgeordneter Volker Meyer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Landtag hat am 15. Dezember 2014 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen“ (Drucksache 17/2585) beschlossen. In der Unterrichtung der Landesregierung in der Drucksache 17/3652 vom 8. Juni 2015 wird auf die Grundlagen für die Genehmigung, Einführung und Benutzung von Schulbüchern hingewiesen sowie ausgeführt, dass die „angemessene Berücksichtigung des Themas ‚sexuelle Vielfalt‘ implizierter Teil des Bildungsauftrages“ sei und daher „automatisch Bestandteil des Genehmigungsverfahrens“ von Schulbüchern werde.

1. **Wer entscheidet nach welchen Kriterien über die „angemessene“ Berücksichtigung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern?**

2. **Welche Schulbücher wurden seit dem Landtagsbeschluss nach diesem Verfahren unter Berücksichtigung des Themas „sexuelle Vielfalt“ genehmigt?**
 3. **In welcher Weise wird die Benutzung der gendergerechten Sprache in Schulbüchern berücksichtigt?**
26. **Inwiefern wird der Entschließungsantrag „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen“ durch die Förderung von Verbänden und in Schulprogrammen umgesetzt? (Teil 2)**

Abgeordneter Volker Meyer (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Landtag hat am 15. Dezember 2014 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen den Antrag „Schule muss der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gerecht werden - Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern - Diskriminierung vorbeugen“ (Drucksache 17/2585) beschlossen. In der Unterrichtung der Landesregierung in der Drucksache 17/3652 vom 8. Juni 2015 stellt die Landesregierung dar, wie sie die Netzwerkarbeit von SchLAu (SchLAu steht für „SchwulLesbische Bi Trans Aufklärung“) 2014 unterstützt hat und welche Förderung vorgesehen ist, um „die Schulen dabei zu unterstützen, mit Initiativen Schulaufklärungsprojekte durchzuführen, die eine Begegnung mit Menschen unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität ermöglichen“.

Ferner wird in der Unterrichtung darauf hingewiesen, dass ein „Leitfaden für die Schulprogrammerstellung erarbeitet werden“ soll. Dabei solle „der Umgang mit der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten aufgenommen“ werden.

1. **Welche Landesmittel haben SchLAu und andere Initiativen für die „Aufklärungsarbeit im Bereich von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt“ in Schulen in den Jahren 2016 und 2017 erhalten (Punkt 4. und 5. des o. g. Entschließungsantrags)?**
 2. **Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit dieser Form der Sexualerziehung gemacht?**
 3. **Wurde ein Leitfaden für die Schulprogrammerstellung erarbeitet, und in welcher Form findet das Thema „sexuelle Vielfalt“ gegebenenfalls darin Berücksichtigung?**
27. **Welchen Erkenntnisgewinn liefert die Studie „Bildung in Niedersachsen 2017“ im Auftrag des Kultusministeriums?**

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 20. Juni 2017 hat Kultusministerin Heiligenstadt (SPD) der Öffentlichkeit eine 28-seitige Broschüre mit dem Titel „Bildung in Niedersachsen 2017 im Spiegel der nationalen Bildungsberichterstattung“ vorgestellt. Nach Angaben des Kultusministeriums handelt es sich für Niedersachsen um den ersten derartigen Bildungsbericht. Laut einer Meldung der *Deutschen Presse-Agentur* vom gleichen Tag hat die Studie 18 000 Euro gekostet.

Das Kultusministerium hat bislang in jahrelang geübter Praxis stets im Folgeschuljahr eine eigene Publikation mit dem Titel „Die niedersächsischen allgemein bildenden Schulen in Zahlen“ herausgegeben. Am 2. August 2017 befand sich die Publikation, die auf der Internetseite des Ministeriums heruntergeladen werden kann, auf dem Stand der Daten des Schuljahrs 2015/2016.

1. **Welche Daten bzw. Informationen hat das vom Kultusministerium beauftragte Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung eigens für die niedersächsische Studie erhoben?**

2. **Wie genau verlief das Ausschreibungsverfahren für die Studie?**
3. **Wie setzen sich die für die Studie entstandenen Kosten genau zusammen?**

28. Positionspapier „Wälder in Niedersachsen“: Keine andere Meinung gefragt?

Abgeordneter Axel Miesner (CDU)

Vorbemerkung des Abgeordneten

Bei der Erarbeitung des Positionspapiers „Wälder in Niedersachsen“ des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wurden nicht alle Nutzergruppen beteiligt. Die Vertreter der niedersächsischen Tourismuswirtschaft wurden beispielsweise nicht mit eingebunden, obwohl sie den drittgrößten Wirtschaftszweig mit ca. 340 000 Beschäftigten repräsentieren.

1. **Welche Organisationen und Verbände wurden an der Formulierung des Positionspapiers „Wälder in Niedersachsen“ beteiligt?**
2. **Warum wurde die Industrie- und Handelskammer Niedersachsen nicht komplett und umfassend in die Erarbeitung des Positionspapiers eingebunden?**
3. **Warum wurden der größte Zentralverband der Grundbesitzer und der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer (ZJEN) nicht umfassend in die Erarbeitung des Positionspapiers eingebunden?**

29. Ausbildung von Islam-Lehrern

Abgeordnete Christian Grascha, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut einem Bericht des NDR hat der stellvertretende Direktor des Instituts für Islamische Theologie in Osnabrück angemahnt, die Ausbildung islamischer Religionslehrerinnen und -lehrer zu verbessern. In einer qualitativen Studie betrachteten sich ein Großteil der Lehrkräfte als „bloße Wissensvermittler“. Der stellvertretende Direktor fordert, die künftigen Lehrkräfte müssten besser darauf vorbereitet werden, „radikalen Sichtweisen vorzubeugen“. Notwendig sei ihm zufolge nun eine repräsentative Studie zu den Lehramtsstudierenden im Fach Islamische Religion.

1. **Wie unterstützt die Landesregierung das Institut für islamische Theologie konkret bei der Verbesserung der Lehramtsausbildung?**
2. **Wie kann nach Ansicht der Landesregierung der Praxisbezug des Lehramtsstudiums, auch im Hinblick auf Extremismusprävention, ausgebaut werden?**
3. **Wie unterstützt die Landesregierung die Durchführung der genannten repräsentativen Studie?**

30. Welche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften hat die Landesregierung bei der Vorbereitung der Änderung des Bestattungsrechts einbezogen?

Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Hillgriet Eilers und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der epd-Landesdienst Niedersachsen hat berichtet:

„Eine vom niedersächsischen Sozialministerium geplante Neuregelung im Bestattungsrecht, künftig das Verstreuen von Totenasche auf dem Friedhof zu erlauben, ist vom Tisch. Das Ministerium habe die entsprechende Passage nach deutlichem Widerspruch der Kirchen aus seinem Gesetzent-

wurf herausgenommen, erläuterte ein Sprecher von Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) am Donnerstag.“

Laut epd-Bericht hat Sozialministerin Rundt ursprünglich argumentiert, sie wolle mit der Ermöglichung des Verstreuens der Totenasche „Wünschen aus der Bevölkerung entgegenkommen“, und eine Verweigerung der erdfreien Bestattung „widerspreche der Menschenwürde“.

1. **Wie hat die Landesregierung die niedersächsischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bei der Vorbereitung der Gesetzesnovelle einbezogen?**
2. **Welche Vorgaben gelten in den Ministerien bei religiös-weltanschaulichen Themen im Hinblick auf die Beteiligung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften?**
3. **Hält die Landesregierung nach wie vor die Legalisierung des Verstreuens von Totenasche für erstrebenswert?**

31. G20-Gipfel und autonome Zentren

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg kam es zu massiven Ausschreitungen. Ganze Straßenzüge würden verwüstet, Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt sowie Geschäfte geplündert. In einem *Zeit*-Online-Artikel vom 19. Juli 2017 zieht der Einsatzleiter der Hamburger Polizei, Hartmut Dudde, die traurige Bilanz von 345 angezeigten Straftaten und 592 verletzten Polizeibeamten durch Fremdeinwirkung. Die Gewaltexzesse wurden maßgeblich von Linksextremisten und Autonomen verübt. Innenminister Pistorius mutmaßt in einem Interview am 17. Juli 2017 mit der *Braunschweiger Zeitung*, dass zwei Drittel der in Niedersachsen gewaltbereiten Autonomen bei den Krawallen in Hamburg dabei gewesen sein könnten.

Sogenannte autonome Zentren sind nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung „die Herzen der militanten linksextremistischen Szene. Ihre Betreiber betrachten sie als Mittel, um die bestehende politische Ordnung zu beseitigen.“

1. **Wie viele autonome Zentren gibt es derzeit in Niedersachsen (bitte mit Bezeichnung und Angabe des Standorts der „Einrichtung“)?**
2. **Haben diese autonomen Zentren in den Jahren 2015, 2016 und 2017 staatliche Mittel erhalten, wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Zuwendungsgeber (Land, Kommune oder sonstige Einrichtung, z. B. Trägerverein)?**
3. **Gibt es konkrete Angebote der Landesregierung für eine gezielte Präventionsarbeit gegen Linksextremismus in autonomen Zentren - mit oder ohne Kooperationspartner vor Ort, falls ja, bitte mit Angabe des autonomen Zentrums und genauer Darstellung der Präventionsmaßnahme?**

32. Was hat ein Beschluss des Bundesgerichtshofs mit dem geplanten Niedersächsischen Agrarstruktursicherungsgesetz zu tun?

Abgeordnete Horst Kortlang, Hermann Grupe, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe

Vorbemerkung der Abgeordneten

„Deutschlands oberstes Gericht in der Zivil- und Strafrechtspflege stärkt die Position der Landwirte auf dem Bodenmarkt“, bewertete Minister Meyer in einer Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums vom 21. Juli 2017 einen Beschluss (Aktenzeichen BLw 1/15) des Bundesgerichtshofs (BGH) über Vorkaufsrechte für Landwirte. Meyer weiter: „Die BGH-Entscheidung ist zugleich eine vorzügliche Ermutigung für die rot-grüne Landesregierung, die ein reformiertes Gesetz zur Sicherung der bäuerlichen Agrarstruktur auf den Weg gebracht hat.“ Zur Begründung dieser Aussage

heißt es in der Pressemitteilung, das Niedersächsische Agrarstruktursicherungsgesetz (NASG) strebe genau das an, was der BGH nun verkündet habe. Im konkreten Fall sei es um einen Kaufstreit zwischen einem Landwirt in Niedersachsen sowie einem Bankkaufmann aus dem Vorstand eines Geldinstituts gegangen. Der Bundesgerichtshof habe schließlich dem Bauern statt dem Bankier das Vorkaufsrecht eingeräumt und damit der Revision der Niedersächsischen Landgesellschaft (NLG) stattgegeben (<https://www.ml.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/agrarminister-meyer-bundesgerichtshof-staerkt-bauernrechte-am-bodenmarkt-und-niedersaechsisches-grundstuecksverkehrs-gesetz-155869.html>., Abrufdatum: 2. August 2017).

1. **Inwieweit hat sich der Beschluss des Bundesgerichtshofs auf bestehendes Bundesrecht und inwieweit auf bestehendes niedersächsisches Landesrecht gestützt?**
2. **Warum ist nach Auffassung der Landesregierung der genannte Beschluss des Bundesgerichtshofs, der sich auf aktuell geltendes Recht stützt, eine „Ermutigung für die rot-grüne Landesregierung“, ein Agrarstruktursicherungsgesetz voranzubringen, das im Falle eines Beschlusses durch den Landtag zukünftig geltendes Recht darstellt, und aus welcher Aussage des Gerichts leitet die Landesregierung diese Behauptung ab?**
3. **Warum ist es nach Auffassung der Landesregierung notwendig, ein Niedersächsisches Agrarstruktursicherungsgesetz voranzubringen, wenn dieses Gesetz laut der Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums genau das anstrebe, was der BGH nun bereits verkündet habe?**

33. Ausschreibungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien (Teil 1)

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nachdem die ersten Ausschreibungsdurchgänge für zahlreiche Windenergieprojekte stattgefunden haben, sind die in dieser Hinsicht gemachten Praxiserfahrungen zu bewerten und Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen in Niedersachsen abzuleiten. In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

1. **Wie viele Projekte sind in den bisher durchgeführten Ausschreibungsrunden im Bereich der Windenergie an Land positiv beschieden und in wie vielen Fällen sind Anträge aus welchen Gründen abgelehnt worden?**
2. **Wie hoch ist nach den bisher durchgeführten Ausschreibungsrunden im Bereich der Windenergie an Land der Anteil der tatsächlich realisierungsreifen genehmigten Projekte im Vergleich zu den trotz ungeklärter Genehmigungslage bezuschlagten Projekten?**
3. **Welche Rolle spielt die fragliche Genehmigungsfähigkeit bezuschlagter Windenergieprojekte, und wie wirkt sich dies auf die notwendige Planungssicherheit und verlässliche Umsetzung des angestrebten Ausbaus der Windenergie in Niedersachsen aus?**

34. Ausschreibungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien (Teil 2)

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nachdem die ersten Ausschreibungsdurchgänge für zahlreiche Windenergieprojekte stattgefunden haben, sind die in dieser Hinsicht gemachten Praxiserfahrungen zu bewerten und Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen in Niedersachsen abzuleiten. In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

1. **Gibt es von Wirtschaftsseite Kritik an den mit den Ausschreibungen im Bereich der Windenergie an Land bisher gemachten praktischen Erfahrungen?**

2. **Besteht aus Sicht der Landesregierung Anlass zur Sorge, weil viele bezuschlagte Windenergieprojekte nicht über die notwendigen Genehmigungen verfügen?**
3. **Beabsichtigt die Landesregierung, auf eine Änderung der geltenden Ausschreibungsregeln etwa mit dem Ziel hinzuwirken, den Zuschlag für genehmigungslose Windenergieprojekte künftig einzuschränken?**

35. **Geflüchtete und gefährdete Forscherinnen und Forscher**

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns, Christian Dürr, Gabriela König und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Nach wie vor sind Forscherinnen und Forscher in zahlreichen Staaten weltweit gefährdet. Einige Staaten haben die Forschungs- und Meinungsfreiheit in den letzten Jahren erheblich eingeschränkt. Nach Presseberichten hat sich die Zahl der Bewerbungen für die Stipendien der Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung für gefährdete und geflüchtete Forscherinnen und Forscher von 2016 auf 2017 verdoppelt - ebenso wie die Zahl der Förderungen.

Laut *Weser Kurier* haben diejenigen Forscherinnen und Forscher aus gefährdenden Staaten in Deutschland große Probleme aufgrund von Sprachbarrieren und der Unsicherheit, ob sie nach Ablauf des Stipendiums weiter in Deutschland verbleiben können.

1. **Wie unterstützt die Landesregierung geflüchtete und gefährdete Forscherinnen und Forscher?**
2. **Inwieweit wirbt die Landesregierung um geflüchtete und gefährdete Forscherinnen und Forscher?**
3. **Welche Maßnahmen an den Hochschulen zur besseren Unterstützung von geflüchteten und gefährdeten Forscherinnen und Forschern hält die Landesregierung für notwendig?**

36. **Spaltet der Dieseltipp die Landesregierung?**

Abgeordnete Horst Kortlang, Jörg Bode, Gabriela König, Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ministerpräsident Weil hat am Dieseltipp in Berlin teilgenommen und die Ergebnisse als ersten Fortschritt bezeichnet. Bis Ende 2018 sollen über 5 Millionen Fahrzeuge mit einem Softwareupdate nachgerüstet werden und die NO_x-Belastungen um 25 bis 30 % gesenkt werden. „Das ist ein wichtiger und notwendiger Beitrag der deutschen Unternehmen“ erklärte Ministerpräsident Weil hierzu (dpa, 2. August 2017, 17:50 Uhr). Im Nachgang des Dieseltipps hat sich auch sein Stellvertreter, Umweltminister Wenzel, mit einer Presseinformation zu den Ergebnissen geäußert. Wörtlich heißt es: „Niedersachsens Umweltminister Wenzel bezeichnete das Ergebnis des heutigen Dieseltipps in Berlin als enttäuschend für die von hohen NO_x-Emissionen betroffenen Kommunen und Bürgerinnen und Bürger. Ohne Blaue Plakette und Hardwarenachrüstung könnten die gesetzlichen Grenzwerte nicht flächendeckend eingehalten werden“.

In einem Interview des Deutschlandfunks äußerte sich Bundesumweltministerin Hendricks zu den verabredeten Softwareupdates für 5,3 Millionen Kraftfahrzeugen wie folgt: „Es wird etwas bringen. Es wird auf jeden Fall die Luftqualität verbessert werden. Das wird auf jeden Fall so sein. ... Zu behaupten, es bringt gar nichts, ist einfach falsch“. Auf die nachfolgende Frage des Redakteurs: „Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel sagt aber genau das, nämlich dass ohne Hardwarenachrüstung eigentlich gar nichts gewonnen ist“ führt Bundesumweltministerin Hendricks aus: „Wenn er das behauptet, dann behauptet er das sozusagen auf falscher Datenbasis“

(http://www.deutschlandfunk.de/nach-dem-diesel-gipfel-nicht-zu-akzeptieren-dass-es-nicht.694.de.html?dram:article_id=392598).

1. **Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Dieselgipfels für Niedersachsen in Bezug auf die Entwicklung der NO_x-Belastungen und mögliche künftige Fahrverbote?**
2. **Was bringt ein Softwareupdate bei den betroffenen Fahrzeugen in Bezug auf die Verbesserung der Luftqualität?**
3. **Trifft die Aussage von Bundesumweltministerin Hendricks zu, dass die Behauptungen von Umweltminister Wenzel auf einer falschen Datenbasis basieren?**

37. Wie wird die Entschädigung für Unwetterschäden durch das Land konkret gestaltet?

Abgeordnete Christian Dürr, Hermann Grupe, Gabriela König, Almuth von Below-Neufeldt, Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang, Björn Försterling, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

„Ganze Waldstücke wurden entwurzelt, Scheunen abgedeckt, Wohnhäuser zerstört und Autos unter Bäumen begraben“, bilanzierte die *Oldenburgische Volkszeitung* die Folgen eines Unwetters im nördlichen Landkreis Vechta am 7. Juli 2017 (*Oldenburgische Volkszeitung*, 8. Juli 2017, Seite 24). Eine Windhose sei über mehrere Orte hinweggefegt und habe unglaubliche Schäden hinterlassen.

Am 10. Juli 2017 berichtete die *Nordwest-Zeitung* über Schäden, die das Unwetter in den Landkreisen Cloppenburg und Emsland angerichtet habe (Seite 31). In Friesoythe und Hilkenbrook sei eine Spur der Verwüstung entstanden. Anwohner berichten demnach von heftigem Regen, dicken Hagelkörnern sowie einem kurzen Tornado. Zu den Folgen für die Landwirtschaft heißt es in dem Bericht: „Mehrere Mais- und Kornfelder wurden regelrecht plattgelegt. Ganze Kartoffelfelder wurden vom Hagel vernichtet. Die betroffenen Landwirte rechnen mit großen Ernteausfällen.“

Über die Schadensermittlung berichtete die *NWZ* am 19. Juli 2017 (Seite 33): „Durch die heftigen Orkanböen und die kräftigen Hagelschauer sind nicht nur Gegenstände beschädigt worden, auch weite Teile landwirtschaftlicher Nutzflächen wurden zum Teil vollkommen zerstört. Die Rede ist von 1 400 ha Mais und Getreide, die an diesem besagten Freitagabend in Neuscharrel/Hilkenbrook sowie auch in Visbek/ Goldenstedt Schaden genommen haben.“

Die Landesregierung kündigte in einer Pressemitteilung am 28. Juli 2017 an, dass das Land Unterstützung bei der Beseitigung von Schäden in den südniedersächsischen Hochwassergebieten leisten wolle (<https://www.stk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/hochwasser-land-will-unbuerokratische-soforthilfe-leisten-156073.html>, Abrufdatum: 1. August 2017). Kurzfristig werde nach Möglichkeiten gesucht, unmittelbar Geschädigten eine finanzielle Soforthilfe auszahlen zu können. Zu diesem Zweck werde ein Arbeitsstab zur Aufarbeitung der Hochwasserschäden unter der Leitung des Umweltministeriums gegründet. Aufgabe des Stabes sei es, in den betroffenen Städten und Dörfern Schäden in Privathaushalten, in der Land- und Forstwirtschaft, bei Straßen und kommunaler Infrastruktur, bei örtlichen Betrieben sowie im Denkmalschutz zusammenzutragen.

1. **Werden die Unwetterschäden in den Landkreisen Vechta, Cloppenburg und Emsland ebenfalls durch den vom Umweltministerium geleitete Arbeitsstab zusammengetragen sowie Entschädigungen durch das Land gezahlt, wenn nein, warum nicht?**
2. **Welche Kriterien zieht die Landesregierung für eine Entschädigung für Unwetterfolgen durch das Land heran?**
3. **Ist es nach Auffassung der Landesregierung erforderlich, politische Maßnahmen zu ergreifen, damit Schäden infolge von Unwetterereignissen in Privathaushalten, in Unternehmen sowie in der Land- und Forstwirtschaft in Zukunft noch wirtschaftlich sinnvoll durch die Bürger abgesichert werden können, wenn ja, welche Maßnahmen sind dies?**

38. Behördliche Gebührenregelungen

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Gabriela König (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In ihren jüngst veröffentlichten „Positionen zur Landtagswahl in Niedersachsen 2018“ weisen die Unternehmensverbände Niedersachsen e. V. (UVN) auf die Bedeutung maßvoller behördlicher Gebührenregelungen als ein wesentlicher Standortfaktor für die niedersächsische Wirtschaft hin und äußern dazu konkrete Erwartungen.

Wie verhält sich die Landesregierung zu den in diesem Zusammenhang konkret erhobenen Forderungen der UVN,

1. **die Gebührenfreiheit in der Anlagenüberwachung für Routineuntersuchungen ohne Beanstandungen wiederherzustellen und Deckelungen der Gebührenhöhe vorzusehen,**
2. **keine Begleitscheingebühren in abfallrechtlichen Nachweisverfahren zu erheben,**
3. **Wirtschaft und Industrie bei der Vorbereitung von Gesetzen, Verordnungen und anderen wesentlichen Regelungen verpflichtend zu beteiligen, wenn deren Belange berührt sind?**

39. Was hat Glyphosat mit Insektensterben zu tun?

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Dr. Gero Hocker, Jan-Christoph Oetjen und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einer Pressemitteilung des Umweltministeriums vom 18. Juli 2017 äußerte sich Minister Wenzel zum Artenschutz: „Ein Einsatz von Pestiziden muss drastisch reduziert werden. Aber das klare Ja zum Artenschutz und gegen das Insektensterben braucht ein klares Nein zu Glyphosat.“ (<https://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/landesumweltminister-stefan-wenzel-unterstuetzt-bundesumweltministerin-das-klare-ja-zum-artenschutz-braucht-ein-klares-nein-zu-glyphosat--155713.html>, Abrufdatum: 20. Juli 2017)

1. **Um wie viel Prozent ist die Insektenbiomasse in Niedersachsen in welchem Zeitraum zurückgegangen?**
2. **Welche wissenschaftlichen Belege gibt es für diesen Rückgang der Insektenbiomasse?**
3. **Was hat das von Minister Wenzel erwähnte Insektensterben mit Glyphosat zu tun?**

40. Nach Einschätzung der internationalen Krebsagentur krebsverdächtige Stoffe - Welche Stoffe müssen noch verboten werden?

Abgeordnete Hermann Grupe, Jörg Bode und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einer Pressemitteilung des Umweltministeriums vom 12. Juli 2017 heißt es zum Widerzulassungsprozess für den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat: „Der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel hält die Verlängerung der Zulassung des Pflanzengifts Glyphosat für nicht zu verantworten. Die Befürworter einer Neuzulassung hätten die massiven Zweifel an der Unbedenklichkeit des Totalherbizids nicht ausräumen können.“ Minister Wenzel hoffe, dass die Mitgliedstaaten der EU eine Entscheidung gegen die erneute Zulassung treffen. Zur Begründung heißt es: „Seitens der internationalen Krebsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation steht Glyphosat im Verdacht, Krebs auszulösen.“ (<https://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/umweltminister-stefan-wenzel-verlaengerung-der-zulassung-glyphosat-nicht-zu-verantworten-155585.html>, Abrufdatum: 20. Juli 2017)

1. Welche Stoffe außer Glyphosat stehen seitens der internationalen Krebsagentur IARC der Weltgesundheitsorganisation noch im Verdacht, Krebs auszulösen?
2. Hält es die Landesregierung für verantwortlich, wenn einer oder mehrere der Stoffe, die seitens der internationalen Krebsagentur IARC noch im Verdacht stehen, Krebs auszulösen, weiterhin verwendet werden, oder ist aufgrund des Vorsorgeprinzips ein Verbot all dieser Stoffe notwendig?
3. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Stoffe, bei denen eine krebserregende Wirkung definitiv ausgeschlossen werden kann, wenn ja, welche?

41. Grünes Band und Südlink

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Hermann Grupe und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der östlichste Korridor der SüdLinktrasse, den der Netzbetreiber TenneT vorgestellt hat, würde an zwei Stellen das Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Eichsfeld-Werratal“ kreuzen. Dies möchte die Thüringer Landesregierung verhindern. Umweltministerin Anja Siegesmund bezeichnete den neuen Vorschlag als „nicht akzeptabel“. Nach Angaben des Netzbetreibers ist diese Trassenvariante die geologisch günstigere als eine Trassenführung durch Hessen.

1. Welche Auswirkungen hat der geplante Trassenverlauf von SüdLink für das Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band“?
2. Wird sich durch den geplanten Trassenverlauf von SüdLink die Gebietskulisse des „Grünen Bandes“ verändern?
3. Wie ist der aktuelle Stand des Naturschutzgroßprojekts „Grünes Band“?

42. Wie hoch ist die Haftentschädigung in Niedersachsen in den letzten zwei Jahren?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Für eine Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Entscheidung gewährt der Staat nach dem Gesetz über die Entschädigung von Strafverfolgungsmaßnahmen eine Entschädigung, sofern - gerichtlich festgestellt - die Freiheitsentziehung zu Unrecht erfolgt ist. Maßgeblich ist ausschließlich der Fortfall oder die Milderung der Verurteilung. Die Entschädigung erfasst nicht nur den Ersatz des Vermögensschadens, sondern auch den des immateriellen Schadens.

1. Wie vielen Personen in Niedersachsen wurden in dem Zeitraum 1. Oktober 2015 bis 31. Juli 2017 Haftentschädigungen gezahlt (bitte nach dem jeweiligen Jahr aufschlüsseln)?
2. Wie hat sich die Höhe der von Niedersachsen gezahlten Entschädigungen seit dem 1. Januar 2015 entwickelt?
3. Wie verteilen sich die gezahlten Entschädigungen ab dem 1. Oktober 2015 auf ehemalige Untersuchungshäftlinge, Strafgefangene und auf ehemalige Fälle der einstweiligen Unterbringung?

43. Bestraft die Landesregierung die eigenverantwortliche Vorsorge beim Hochwasserschutz?

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner und Dr. Gero Hocker (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mit Kabinettsbeschluss vom 3. August 2017 hat die Landesregierung die Einbringung eines Nachtragshaushalts 2017 in den Landtag beschlossen, um Haushaltsmittel für vom Hochwasser betroffene Menschen sowie kommunale Infrastruktur bereitstellen zu können.

1. **Wird die Landesregierung auch Hilfszahlungen an Bürgerinnen und Bürger leisten, soweit deren materielle Schäden durch eine Elementarschadensversicherung abgedeckt sind?**
2. **Welche Anreizwirkung für die zukünftige Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich eines Versicherungsschutzes gegen Elementarschäden erwartet die Landesregierung durch die Hilfszahlungen?**
3. **Wann hat die Landesregierung die im Jahr 2012 zur Information der Bürgerinnen und Bürger erstellte Informationsplattform www.elementar-versichern.niedersachsen.de gelöscht und warum?**

44. Keine Präventionsstelle gegen radikalen Islamismus in Hildesheim - Was tut das Land?

Abgeordnete Christian Dürr, Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Marco Genthe (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wie die HAZ am 24. Juli 2017 berichtete, hat es das Bundesfamilienministerium in Berlin abgelehnt, ein von der Caritas mit Unterstützung der Stadt Hildesheim eingereichtes Konzept finanziell zu unterstützen. Ohne Zuschuss wird die Stadt das Vorhaben aber nicht finanzieren können.

1. **Aus welchen inhaltlichen Gründen wurde das Projekt abgelehnt?**
2. **Plant die Landesregierung jetzt, ein solches Projekt in Hildesheim zu unterstützen und, wenn ja, wie genau, bzw. wenn nicht, warum nicht?**
3. **Hildesheim ist seit 2015 als zentrale Anlaufstelle für radikale Islamisten in den Schlagzeilen - Was hat die Landesregierung bisher im präventiven Bereich in Hildesheim unternommen, und was plant sie in Zukunft noch zu unternehmen?**

45. Wann kommt das Modernisierungskonzept für die Videoüberwachung?

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 17. Mai 2017 war der Entschließungsantrag der FDP-Landtagsfraktion „Moderne Technik für eine ausgewogene Videoüberwachung“ in der ersten Beratung im Plenum. Im Zuge der Debatte sagte der Abgeordnete Karsten Becker (SPD), dass das Landespolizeipräsidium „die Erarbeitung eines Konzepts für die zukünftige Videoüberwachung insbesondere mit der technischen Modernisierung der Anlagen bereits in Auftrag gegeben“ habe.

1. **Wer wurde wann mit der Erarbeitung dieses Konzepts beauftragt?**
2. **Welche Bereiche soll dieses Konzept umfassen?**
3. **Wann wird das Konzept fertiggestellt sein?**

46. Haben auch niedersächsische Polizeibeamte an dem Konzert in der Elbphilharmonie teilgenommen?

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Knapp eine Woche nach dem G20-Gipfel in Hamburg veranstaltete das *Hamburger Abendblatt* zusammen mit der Elbphilharmonie ein Sonderkonzert für 2 000 Polizeibeamte aus dem ganzen Bundesgebiet, die beim G20-Gipfel im Einsatz waren (*Hamburger Abendblatt*, 13. Juli 2017). Bei den Krawallen in Hamburg während des G20-Gipfels wurden dutzende Beamte verletzt, davon 40 allein aus Niedersachsen.

1. **Haben auch niedersächsische Polizeibeamte an dem Konzert teilgenommen? Wenn ja, wie viele? Wenn nein, warum nicht?**
2. **Wie viele der in Hamburg eingesetzten Beamten konnten bereits ihren dreitägigen Sonderurlaub nehmen?**
3. **Wie viele der niedersächsischen Polizeibeamten, die in Hamburg verletzt wurden, sind weiterhin dienstunfähig?**

47. Vernachlässigt die Landesregierung den ländlichen Wegebau?

Abgeordnete Gabriela König, Christian Dürr, Hermann Grupe, Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen und Hillgriet Eilers (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Landwirtschaftsministerium hat am 30. Mai 2017 einen Erlass zur Maßnahme „ländlicher Wegebau“ in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 herausgegeben. Demnach seien die im PFEIL-Programm vorgesehenen EU-Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro sowie weitere 5 Millionen Euro, die aus der Maßnahme „Flurbereinigung“ umgeschichtet worden seien, verbraucht.

1. **Wie viele EU-Mittel standen in der Förderperiode 2007 bis 2013 für den ländlichen Wegebau zur Verfügung?**
2. **Sind die in der aktuellen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 für den ländlichen Wegebau zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe der vorgesehenen 10 Millionen Euro nach Auffassung der Landesregierung ausreichend? Wenn nein, welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Erhöhung der Mittel?**
3. **Ist es möglich, in der aktuellen Förderperiode weitere EU-Mittel aus anderen Maßnahmen zugunsten des ländlichen Wegebbaus umzuschichten? Wenn ja, was plant die Landesregierung diesbezüglich?**

48. Wann und wie erfuhren Ministerpräsident Weil und Minister Lies von einem Schreiben von VW an die Wettbewerbsbehörden in Bonn und Brüssel?

Abgeordnete Jörg Bode, Dr. Stefan Birkner, Gabriela König, Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ab dem 21. Juli 2017 wurde die mediale Berichterstattung von einem Kartellverdacht gegenüber fünf großen deutschen Autoherstellern, darunter drei Marken des Volkswagenkonzerns, bestimmt. Am 24. Juli 2017 hieß es dazu, dass die Landesregierung von diesen Vorwürfen erst aus den Medien erfahren habe (*HAZ, Neue Presse*, 24. Juli 2017). Die Berichterstattung löste Unruhe in den Konzernen aus und führte zu Entsetzen bei Aufsichtsräten (*Handelsblatt*, 25. Juli 2017). Der Aufsichtsrat des VW-Konzerns traf sich ausschließlich zu diesen Kartellvorwürfen am 26. Juli 2017 zu einer Sondersitzung in Wolfsburg. Ministerpräsident Weil informierte nach dieser Sondersitzung

des VW-Aufsichtsrates die Öffentlichkeit im heute-journal vom 26. Juli 2017 (<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/vw-regeln-muessen-eingehalten-werden-100.html>).

Der *Süddeutschen Zeitung* war am 27. Juli 2017 unter der Überschrift „Eine Frage des Vertrauens“ Folgendes zu entnehmen: „Selbstverständlich seien die Kontrolleure“ (gemeint ist der Aufsichtsrat des VW-Konzerns, Anm. der Verfasser) „darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass das Management eine Art Selbstanzeige verfasst habe. Große Strafen befürchtete man bei Volkswagen offenbar nicht. Dennoch soll der Aufsichtsrat Ende Juni 2016 vom damaligen Rechtsvorstand Christine Hohmann-Dennhardt über die Schreiben nach Bonn und Brüssel informiert worden sein. Dies ist angeblich auch protokolliert.“

1. Wann und wie haben Ministerpräsident Weil und Minister Lies von einem Schreiben des VW-Konzerns aus dem Sommer 2016 an die Wettbewerbsbehörden erstmalig erfahren?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Berichterstattung in der *Süddeutschen Zeitung*, dass der Aufsichtsrat des VW-Konzerns bereits seit einem Jahr über die in Rede stehenden Schreiben von VW an das Bundeskartellamt und an die EU-Wettbewerbsbehörden informiert gewesen sein soll?
3. Trifft es zu, dass die Landesregierung von diesen Vorwürfen erst aus den Medien erfahren hat?

49. Werden Entwässerungsgräben in Niedersachsen ausreichend gepflegt?

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Horst Kortlang, Hermann Grupe und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

NWZ Online berichtete am 31. Juli 2017 über einen Dauereinsatz der Feuerwehr in Hooksiel infolge eines Gewitters (https://www.nwzonline.de/friesland/blaulicht/hooksiel-gewitter-feuerwehren-14-stunden-im-pumpeinsatz-in-hooksiel_a_32,0,1278426958.html, Abrufdatum: 1. August 2017). Dabei habe das Wasser aus vollgelaufenen Kellern sowie aus Gräben, aus denen es nicht von alleine abfloss, 14 Stunden lang über den Deich gepumpt werden müssen. Holger Ulfers, Vorsitzender des Wangerländer Feuerschutzausschusses und des Kreis Ausschusses für Feuerlöschwesen, sehe in den Überschwemmungen laut dem Bericht ein grundsätzliches Problem, das dringend angegangen werden müsse: Früher seien Gräben gereinigt worden, damit so etwas nicht passiere. Heute würden die Gräben als Biotope behandelt. Die Folge sei, dass das Wasser nicht mehr richtig abtransportiert werde.

1. Werden die Gräben in Niedersachsen nach Auffassung der Landesregierung in ausreichendem Maße gepflegt, sodass sie Wasser auch im Falle von Starkregenereignissen gut abtransportieren können?
2. Gibt es Rechtsnormen des Landes Niedersachsen, des Bundes oder der EU, die die Pflege von Gräben in Zuständigkeit des Landes, der Landkreise oder der Kommunen reglementieren? Wenn ja, welche sind dies, und was wird darin geregelt?
3. Was muss nach Auffassung der Landesregierung getan werden, damit die Pflege von Gräben wieder besser gewährleistet werden kann?

50. Aussetzen des Seniorenprogramms der HBK Braunschweig

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ältere bilden in Niedersachsen einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung. Auch sie haben ein Bedürfnis nach Weiterbildung und beschäftigen sich mit Themen, die während der Berufstätigkeit zurückstehen mussten. Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (HBK) hat Pressenberichten zufolge angekündigt, ihr spezifisches Programm für Senioren aufgrund von Raumnot einzustellen.

1. **Wie haben sich die Studierendenzahlen (bitte aufgeschlüsselt nach Studierenden/studierenden Senioren) an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig in den letzten fünf Jahren entwickelt?**
2. **Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die HBK dabei, die „Raumnot“ zu beheben?**
3. **Sieht die Landesregierung die Einstellung des Seniorenprogramms an der HBK als Altersdiskriminierung an?**

51. **Verkehrsführung nach Eröffnung der A-26-Anschlussstelle Neu Wulmstorf Rübke? (Teil 1)**

Abgeordnete Heiner Schönecke und André Bock (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Unter der Überschrift „Autobahnbauer liegen im Zeitplan“ berichtet das *Buxtehuder Tageblatt* am 22. Juli 2017 über einen Termin der Staatssekretäre Frank Nägele (SPD) und Enak Ferlemann (CDU) auf der Baustelle der A 26 in Buxtehude.

Nägele und Ferlemann werden dort mit folgenden Aussagen zitiert:

Ab Juni 2021 wird der Verkehr auf der A 26 über die Este-Brücke von Buxtehude zwischen den Anschlussstellen Stade und Neu Wulmstorf rollen. Der Planfeststellungsbeschluss für den vierten Abschnitt (8,7 km) von der Anschlussstelle Neu Wulmstorf bis zur A 7 werde in Niedersachsen bereits Ende 2017 und Anfang 2018 in Hamburg erfolgen. 2023 wird die Autobahn 26 bis zur A 7 für den Verkehr freigegeben:

Durch diese Ankündigung rückt die Fragestellung, wie die Verkehrsführung nach der Eröffnung gestaltet werden soll, erneut in das Zentrum des Interesses der Neu Wulmstorfer und Buxtehuder Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Eröffnung der A 26 bis zur Anschlussstelle Jork im November 2014 hat der Verkehrsminister die einseitige Öffnung (Einbahnstraßenregelung) verfügt. Das gleichzeitig angeordnete Verkehrsmonitoring sollte dann Möglichkeiten der Verkehrsführung im Alten Land begleiten.

1. **Wird es bei der Freigabe der Anschlussstelle Neu Wulmstorf wieder eine einseitige (Einbahnstraßenregelung) des Teilabschnittes geben?**
2. **Wird der Verkehr in Richtung Hafenhinterland durch den Ort Rübke führen?**
3. **Wird der Verkehr in Richtung A 1 durch Ovelgönne und Elstorf geleitet?**

52. **Verkehrsführung nach Eröffnung der A-26-Anschlussstelle Neu Wulmstorf Rübke? (Teil 2)**

Abgeordnete Heiner Schönecke und André Bock (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Unter der Überschrift „Autobahnbauer liegen im Zeitplan“ berichtet das *Buxtehuder Tageblatt* am 22. Juli 2017 über einen Termin der Staatssekretäre Frank Nägele (SPD) und Enak Ferlemann (CDU) auf der Baustelle der A 26 in Buxtehude.

Nägele und Ferlemann werden dort mit folgenden Aussagen zitiert:

Ab Juni 2021 wird der Verkehr auf der A 26 über die Este-Brücke von Buxtehude zwischen den Anschlussstellen Stade und Neu Wulmstorf rollen. Der Planfeststellungsbeschluss für den vierten Abschnitt (8,7 km) von der Anschlussstelle Neu Wulmstorf bis zur A 7 werde in Niedersachsen bereits Ende 2017 und Anfang 2018 in Hamburg erfolgen. 2023 wird die Autobahn 26 bis zur A 7 für den Verkehr freigegeben:

Die verkehrsentlastende Maßnahme des Weiterbaus der B 3 neu für die Orte Ketzen- dorf/Ovelgönne und Elstorf sind seit zehn Jahren in der Planung.

1. Welche Finanzierungsbeträge sind im Bundesverkehrswegeplan für diese Baumaßnahme für welche Jahre eingestellt?
2. Wann hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr die Planungen für die Trassenfindung und Raumordnung begonnen?
3. Wie wurden und werden der Landkreis Harburg als Raumordnungsbehörde, die Stadt Buxtehude und die Gemeinde Neu Wulmstorf in die Planungen eingebunden?

53. Verkehrsführung nach Eröffnung der A-26-Anschlussstelle Neu Wulmstorf Rübke? (Teil 3)

Abgeordnete André Bock und Heiner Schönecke (CDU)

Vorbemerkung der Abgeordneten

Unter der Überschrift „Autobahnbauer liegen im Zeitplan“ berichtet das *Buxtehuder Tageblatt* am 22. Juli 2017 über einen Termin der Staatssekretäre Frank Nägele (SPD) und Enak Ferlemann (CDU) auf der Baustelle der A 26 in Buxtehude.

Nägele und Ferlemann werden dort mit folgenden Aussagen zitiert:

Ab Juni 2021 wird der Verkehr auf der A 26 über die Este-Brücke von Buxtehude zwischen den Anschlussstellen Stade und Neu Wulmstorf rollen. Der Planfeststellungsbeschluss für den vierten Abschnitt (8,7 km) von der Anschlussstelle Neu Wulmstorf bis zur A 7 werde in Niedersachsen bereits Ende 2017 und Anfang 2018 in Hamburg erfolgen. 2023 wird die Autobahn 26 bis zur A 7 für den Verkehr freigegeben.“

Der Verkehrsminister hat in seiner Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Schönecke in der Drucksache 17/4422 in Aussicht gestellt, dass das Land Niedersachsen den Neubau einer Ortsumgehung Rübkes mit Mitteln nach dem Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes fördern wird.

1. Wie weit sind die Planungen fortgeschritten?
2. Welche Vertreter des Ministeriums haben wann mit Hamburg darüber gesprochen?
3. Wann und wie wurden der Landkreis Harburg und die Gemeinde Neu Wulmstorf eingebunden?